

Interview mit Gunther Krichbaum,

Les Echos, 8.12.2011

Karl de Meyer

Was halten Sie von der Rolle der EZB? Denken Sie, dass die EZB so, wie die Franzosen es möchten, mehr tun sollte?

Gunther Krichbaum

Die EZB tut bereits eine ganze Menge. Wir sind über viele Jahrzehnte mit der Unabhängigkeit der Deutschen Bundesbank sehr gut gefahren. Das heißt, dass die Bundesbank der Einflussnahme der Politik entzogen war und frei agieren konnte. „Frei“ dahingehend, was sie unter dem Gesichtspunkt der Geldwertstabilität für geboten hielt.

Deutschlands Sichtweise ist es, dass wir aufgrund dieser guten Erfahrungen auch der Europäischen Zentralbank genau diese Rolle, die sie ja von Gesetzes wegen bereits hat, einräumen sollten. Das heißt, dass die Europäische Zentralbank selbstverständlich bereits in der Vergangenheit in großem Stil, in großem Ausmaß Anleihenkäufe an den Märkten durchgeführt hat von jenen Staaten, die jetzt in der Krise einzelner Länder besonders betroffen sind.

Ich weiß, dass das hier in Deutschland sehr wohl auf Kritik stößt. Aber man muss auch dazusagen, dass die Bundesbank vor der Einführung des Euro sehr häufig Stützungskäufe durchgeführt hat, beispielsweise in Richtung der italienischen Lira, aber auch des französischen Franc. Sie tat dies gerade dann, wenn hier durch entsprechende Abwertungen die deutsche Industrie und der deutsche Export entsprechend unter Druck gerieten.

Deswegen ist dies nicht so ganz neu, und die Zukunft wird es weisen, ob und in welchem Umfang die EZB vielleicht noch aktiver werden muss, als in der Vergangenheit.

Karl de Meyer

Sie schließen also nicht aus, dass die EZB mehr Ankäufe beschließen könnte?

Gunther Krichbaum

Ich glaube, dass die EZB sehr wohl vor Augen hat, die Stabilität des Euros, aber eben auch der gesamten Eurozone zu erhalten. Das bedeutet, dass die EZB in der Vergangenheit sehr wohl ihrer Verantwortung voll gerecht wurde.

Ich würde deswegen aber auch nicht der EZB in einem Interview irgendwelche Ratschläge geben wollen, weil ich genau damit ihre Unabhängigkeit in Frage stellen würde, die ich aber für sie selbst verteidigen will.

Karl de Meyer

Mario Monti zum Beispiel ist ein Befürworter der Eurobonds. Sind Sie anderer Meinung?

Gunther Krichbaum

Das kommt auf die Konstellation an. Damit will ich sagen: Im Augenblick wäre die Einführung von Eurobonds verfrüht. Hätten wir aber ein System der Europäischen Union zu Ende gedacht, und vor allem auch der Eurozone, wie es von unserem Finanzminister Wolfgang Schäuble bereits vorgemacht wurde – Stichwort Fiskalunion –, dann würde ich für die Zukunft Eurobonds nicht kategorisch ausschließen.

Karl de Meyer

Wie würden Sie die Stimmung im Bundestag beschreiben: Sind die Abgeordneten ängstlich, sauer, enttäuscht von den EU-Partnerländern?

Gunther Krichbaum

Es herrscht unter den Kollegen eine gewisse Besorgnis, wie es in Europa, beziehungsweise natürlich auch mit dem Euro weitergeht. Insoweit können wir auch die Sorgen der Bevölkerung sehr gut verstehen und nachempfinden.

Nach wie vor ist die Situation in der Eurozone sehr fragil. Deswegen wird es jetzt darauf ankommen, die richtigen Signale bis zum Gipfel, aber vor allem auch nach dem europäischen Gipfel am 9. und 10. Dezember in Brüssel zu senden. Wichtig sind Signale der Stabilität, vor allem aber auch des Vertrauens, denn die Finanzmärkte werden nur dann in den Euro, in die Euromärkte und –länder investieren, wenn sie ihrerseits ein Vertrauen dahingehend haben, das sie das investierte Geld auch wieder zurück bekommen. Wir müssen von der bisherigen Wirtschafts- und Währungsunion zu einer echten Stabilitätsunion kommen, denn es geht nicht nur um eine Stabilität des Geldes, sondern es geht um die Stabilität Europas als Ganzes.

Karl de Meyer

In der FDP gibt es sogenannte Rebellen, die gegen die Pläne der Regierung sind und sich beschweren. Was halten Sie von deren Benehmen? Ist das gefährlich? Und wie wichtig ist es wirklich für die Bundeskanzlerin, die Kanzlermehrheit zu erreichen, wenn der Bundestag wichtige Beschlüsse macht? Ist das nur ein Mediendrama, oder ist es politisch wirklich notwendig für Frau Merkel, die Kanzlermehrheit zu erreichen?

Gunther Krichbaum

Ich will nicht Ihre Fragestellung korrigieren, aber hier muss man ein Stückweit differenzieren.

Zunächst: Aktuell läuft ein Mitgliederentscheid der FDP, ob sie *Ja* sagen sollen zum dauerhaften Rettungsschirm ESM. Dieser Entscheid läuft noch bis zum 13. Dezember. Es ist offen, wie hier die Mitglieder abstimmen werden und ob überhaupt

das notwendige Beteiligungsquorum für eine bindende Entscheidung erreicht wird. Deswegen ist hier zum jetzigen Zeitpunkt alles Weitere pure Spekulation.

Ich bin zuversichtlich, dass auch die Mitglieder der FDP – für die kann ich aber als CDU-Abgeordneter nicht sprechen – erkennen, welche enormen Vorteile die europäische Integration, namentlich aber auch der Euro für uns in Deutschland in den letzten Jahrzehnten hatte.

Der ehemalige Bundesvorsitzende und frühere Außenminister Hans-Dietrich Genscher hat sich hier sehr stark für den ESM ausgesprochen. Ob und inwieweit die Mitglieder der FDP das ins Kalkül ihrer eigenen Abstimmung ziehen, kann ich im Augenblick nicht sagen.

Deswegen werden wir auch das Resultat abwarten müssen. Wir werden weiter abwarten müssen, wie sich dann eine FDP im Deutschen Bundestag positioniert. Aber ich bin zuversichtlich, dass wir im Jahr 2012 die Beratungen zum ESM aufnehmen und abschließen können, sodass dann der ESM schon im nächsten Jahr die auslaufende EFSF wie vorgesehen ablösen kann.

Karl de Meyer

Ist die Kanzlermehrheit dafür wichtig, oder mehr eine Dramatisierung?

Gunther Krichbaum

Die Kanzlermehrheit ist dabei nicht erforderlich. Wir haben es weder mit einer Kanzlerwahl zu tun, noch mit dem Umstand, dass hier ein Einspruch des Bundesrates überstimmt werden müsste. Wichtig ist, dass die Koalition ihre Mehrheit stellt, und das hat sie in der Vergangenheit immer unter Beweis gestellt. Deswegen: Die Koalition ist absolut stabil.

Karl de Meyer

Immer wenn Europa eine schwere Krise erlebt hat, ist es den Regierungschefs bislang gelungen, Fortschritte zu machen, also weiterzugehen. Sind Sie zuversichtlich, dass das auch diesmal passiert?

Gunther Krichbaum

Ja. Europa darf nicht dort stehenbleiben und verharren, wo wir uns im Augenblick befinden. Im Gegenteil: Die jetzige Krise zeigt doch, dass wir nicht weniger, sondern mehr Europa brauchen. Wir haben eine gemeinsame Währung, aber keine gemeinsame Politik. Diesen Zustand müssen wir ändern. Wir brauchen eine Fiskalunion, die uns erlaubt, dass wir hier unsere Politiken in der Wirtschafts- und Steuerpolitik enger aufeinander abstimmen. Und deswegen bin ich auch sicher, dass wir eine Reform der Verträge haben werden. Sie ist unabdingbar, wenn wir Europa weiterentwickeln wollen.

Wahr ist auch, dass es ganz entscheidend auf den deutsch-französischen Motor ankommen wird. Gerade dieser Tage sieht man, dass die Zusammenarbeit zwischen Präsident Sarkozy und Bundeskanzlerin Angela Merkel nie besser war. Sie war nie enger, als in diesen Tagen. Und wenn man so manchen Kommentar von vor zwei

Jahren liest, dann reibt man sich geradezu die Augen. Ich bin deswegen auch zuversichtlich, dass es gerade mit diesem Gespann Sarkozy-Merkel dann auch gelingt, die anderen europäischen Partner mitzuziehen und mitzunehmen.

Aber es wird einmal mehr darauf ankommen, dass Frankreich und Deutschland gemeinsam Schulter an Schulter vorangehen, denn immer, wenn das der Fall war, konnten wir in Europa weiterkommen und tatsächlich auch Erfolge vorweisen.

Karl de Meyer

Letzte Frage: Was halten Sie von dem Konzept „Vereinigte Staaten von Europa“?

Gunther Krichbaum

Die Vereinigten Staaten von Europa können genau das Modell sein, zu dem wir uns dann auch hin entwickeln. Es ist nicht zu verwechseln mit den Vereinigten Staaten von Amerika. Die Vereinigten Staaten von Europa wären vereinigte Staaten sui generis.

Wenn wir in einem Zeitalter der Globalisierung in Zukunft unsere Wertvorstellungen der Demokratie, der Menschenrechte, aber natürlich auch des Wohlstandes noch halbwegs aufrecht erhalten wollen und wenn wir doch wissen, dass wir Europäer Ende dieses Jahrhunderts nur noch 4% der Erdbevölkerung ausmachen werden, dann gibt es in der Tat keinerlei Alternative zu einem gemeinsamen Vorgehen.

Wer das nicht begreift, der hat auch nicht begriffen, welche eigentlichen Herausforderungen noch vor uns liegen, denn die gehen weit über die Herausforderungen der gegenwärtigen Eurokrise hinaus.